

Änderungsantrag

der Abgeordneten Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Dr. Manuel Kiper, Simone Probst, Antje Hermenau, Kristin Heyne, Oswald Metzger und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1996

– Drucksachen 13/2000 Anlage, 13/2593, 13/2622, 13/2626, 13/2627, 13/2630 –

hier: Einzelplan 30

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Technologie**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In Kapitel 30 05 – Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung, Gesundheitsforschung –
 - wird der Titel 685 04 – Ursachenforschung und Therapieentwicklung durch Molekulare Medizin – um 62 Mio. DM gekürzt und werden
 - in der Titelgruppe 31 – Förderung ausgewählter Schwerpunkte der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung – im Titel 893 11 – Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung – Investitionen – die Mittel für den Bau des FRM II (Untertitel 7 – Großgeräte der Grundlagenforschung) in Höhe von 15 Mio. DM gekürzt.
2. In Kapitel 30 06 – Informationstechnik, Biotechnologie und sonstige Technologiebereiche – wird der Titel 683 01 – Forschung und Entwicklung in der Biotechnologie –, bei in den Erläuterungen Nummer 7 – Entschlüsselung und Nutzung biologischer Baupläne – sowie Nummer 12 – Genzentren und andere Schwerpunktprojekte – um 22 Mio. DM gekürzt.
3. In Kapitel 30 07 – Energie- und Umweltforschung und -technik – werden
 - der Titel 685 05 – Sicherheitsforschung für kerntechnische Anlagen – um 81,5 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 686 01 – Beteiligung des Bundes an den Vorbereitungskosten einer ITER-Standortbewerbung – um 0,5 Mio. DM gekürzt,
 - die in der Titelgruppe 41 – Forschungszentrum Karlsruhe GmbH (FZK) – vorgesehenen Mittel für Fusionsforschung um 42 Mio. DM gekürzt,

- die in der Titelgruppe 42 – Forschungszentrum Jülich GmbH (KFA) – vorgesehenen Mittel für Fusionsforschung um 32 Mio. DM gekürzt,
 - die Titelgruppe 43 – Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching bei München – um 97 Mio. DM gekürzt.
4. In Kapitel 30 08 – Weltraumforschung und -technik, Luftfahrtforschung – werden im Titel 896 01 – Beitrag bzw. Leistungen an die Europäische Weltraumorganisation (EWO) in Paris –
- der Untertitel 3.4 – Raumtransportsysteme, ARIANE 5 Nachfolgeprogramme – um 52,6 Mio. DM gekürzt,
 - der Untertitel 3.6, – Infrastruktur für die bemannte Raumfahrt, u. a. Internationale Raumstation Alpha – um 174,5 Mio. DM gekürzt.

Bonn, den 7. November 1995

Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)

Dr. Manuel Kiper

Simone Probst

Antje Hermenau

Kristin Heyne

Oswald Metzger

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

1. Die einseitige Fixierung auf gentechnische Fragestellungen und Methoden seit den 80er Jahren führte in eine Sackgasse. Genzentren und Genomforschung beruhen auf der unzutreffenden Behauptung eines genetischen Determinismus und sollten aufgegeben werden. Die Förderung dieses Bereiches in Höhe von 84 Mio. DM ist zu stoppen.
2. Das Konzept für die geplante Neutronenquelle FRM II, die mit waffenfähigem Uran betrieben werden soll, paßt nicht in die politische Landschaft. Zu einem Zeitpunkt, in dem auch Rußland und die VR China bereit sind, sich an dem weltweiten Anreicherungsprogramm für Forschungsreaktoren zu beteiligen, darf die Bundesrepublik Deutschland nicht einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen und hochangereichertes Uran als Kernbrennstoff wieder „gesellschaftsfähig“ machen. Die Mittel in Höhe von 15 Mio. DM sind zu streichen.
3. Ziel der Energiepolitik muß der Ausstieg aus der gefährlichen Sackgassentechnik Atomenergie sein. Eine weitere staatliche Förderung ist nicht akzeptabel. Auch nach Jahrzehnten intensiver Förderung ist die Fusionsenergie immer noch weit von der Marktfähigkeit entfernt. Sie kann keinen Beitrag zur Verhinderung der drohenden Klimaveränderung leisten. Zudem entstehen bei der Kernfusion radioaktive Abfälle, deren Ent-

sorgung bis heute ungelöst ist. Die Bundesrepublik Deutschland muß die Förderung der Atom- und Fusionsforschung in Höhe von insgesamt 253 Mio. DM einstellen.

4. Mit den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderten Einsparungen im Einzelplan 30 lassen sich 227,1 Mio. DM bei den Ausgaben für Weltraumtransportsysteme (ARIANE 5) und für die bemannte Raumfahrt, insbesondere für die Internationale Raumstation Alpha und das sogenannte Columbus-Labormodul (COF) streichen. Das Konzept der Raumstation ist und bleibt inhaltlich umstritten – die Physikalische Gesellschaft hat sich zum Beispiel grundsätzlich in mehreren Voten gegen die bemannte Raumfahrt ausgesprochen – und finanziell unklar. Mit dem Bau der Station bis zum Jahr 2003 ist es nämlich nicht getan. Die Folgekosten für Betrieb und Experimente werden in die Milliarden gehen. Auch der wissenschaftliche Nutzen des gigantischen Projektes ist nur schwer erkennbar, denn ein Großteil der Experimente ließe sich auch ohne Raumstation in unbemannten Missionen durchführen. Der Ausstieg aus der bemannten Raumfahrt ist seit Jahren überfällig. Milliarden sind bereits ohne Wirkungen in Planungen verpufft. Die Bundesregierung sollte deshalb endlich die Konsequenzen ziehen und die Beteiligung an der Raumstation aufgeben.
5. Mit den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderten Einsparungen im Einzelplan 30 lassen sich insgesamt 579,1 Mio. DM einsparen. Die eingesparten Mittel sind zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes/zur Finanzierung der zusätzlich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderten Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik im Einzelplan 11 Kapitel 11 12 einzusetzen.

